

31. TAGUNG

Die Situation von Roma und Fahrenden¹ im Kontext von wachsendem Extremismus, wachsender Fremdenfeindlichkeit und der Flüchtlingskrise in Europa

Entschließung 403 (2016)²

1. Die aktuelle Flüchtlingskrise hat die politische Landschaft Europas erschüttert, insbesondere die Europäische Union, deren Mitgliedstaaten die wichtigsten Aufnahmeländer für Flüchtlinge sind. Die Prioritäten von Politikern, Institutionen und der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen fokussieren sich auf den Zustrom der Flüchtlinge, das Organisieren ihrer Weiterleitung in ihre Zielstaaten, wobei jene, die sich bereits auf europäischem Boden befinden, auf die Staaten verteilt und dort aufgenommen werden.

2. Diese Entwicklung hat die europäischen Gesellschaften nicht unberührt gelassen. Während viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Personen in ganz Europa sich nach besten Kräften bemüht haben, der Situation durch humanitäre Hilfe und die Unterstützung von Integrationsmaßnahmen Herr zu werden, sind große Teile der europäischen Gesellschaften verängstigt und enttäuscht von der unangemessenen Reaktion der politischen Führung auf allen Ebenen und entwickeln fremdenfeindliche Reaktionen auf das, was sie als fremd und bedrohlich wahrnehmen.

3. Roma und Fahrende werden schon seit Langem in Europa als Ausländer und Außenseiter angesehen. Antiziganismus³ ist einer der Hauptgründe, warum sich ihre allgemeine Situation nicht verbessert, abgesehen von kleinen Fortschritten in einigen Staaten.⁴ Antiziganistische Politik schadet den Integrationsbemühungen, da tief verwurzelte Stereotypen Politiker daran hindern, sich klar für eine Integrationspolitik für Roma und Fahrende auf allen Ebenen einzusetzen.

4. Diese unglückselige Tradition der Ausgrenzung von Roma und Fahrenden seitens der Mehrheitsgesellschaft und das daraus resultierende Bild der gesellschaftlich Ausgegrenzten wurde durch den Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 noch verschärft, die zu schmerzvollen Kürzungen der Sozialleistungen in vielen europäischen Staaten geführt hat und in Folge zu einer Erosion des sozialen Zusammenhalts. Es wurden nicht nur die Integrationsbemühungen für Roma und Fahrende Opfer dieser Sparmaßnahmen, darüber hinaus führte das Bedürfnis für einen Sündenbock zu einem Anstieg der Hassreden und der Angriffe gegen sie.

1 Der Begriff „Roma und Fahrende“ schließt die ganze Vielfalt der Gruppen ein, die durch die Arbeit des Europarats in diesem Bereich abgedeckt wird: einerseits a) Roma, Sinti/Manusch, Kalé, Kaale, Romanichals, Boyash/Rudari; b) Balkan-Ägypter (Ägypter und Aschkali); c) östliche Gruppen (Dom, Lom und Abdal); und andererseits Gruppen wie Fahrende, Jenische und die Bevölkerungsgruppen, die unter dem Verwaltungsbegriff „Gens du voyage“ erfasst werden, sowie Personen, die sich selbst als Zigeuner bezeichnen.

2 Diskussion und Zustimmung durch die Kammer der Gemeinden am 20. Oktober 2016 und Annahme durch den Kongress am 21. Oktober 2016, 3. Sitzung (siehe Dokument [CPL31\(2016\)03final](#), Begründungstext), Berichterstatter: John WARMISHAM, Vereinigtes Königreich (L, SOC).

3 Antiziganismus ist eine spezifische Form von Rassismus, eine Ideologie, die auf einer Vorstellung von rassischer Überlegenheit gründet, einer Form von Entmenschlichung und institutionellem Rassismus, der auf historischer Diskriminierung basiert, und die sich u.a. durch Gewalt, Hassreden, Ausbeutung, Stigmatisierung und der radikalsten Form der Diskriminierung ausdrückt. - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), GPR 13, 2011.

4 Siehe z. B. <http://www.osce.org/odihr/107406?download=true>

5. Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats hatte bereits 2011 seiner Sorge Ausdruck verliehen, i.e. in seiner Entschließung 333⁵ über die Situation der Roma in Europa als Herausforderung für Gemeinden und Regionen, und erklärt, dass die Gemeinden und Regionen „die Pflicht haben, wirksame Maßnahmen auf kommunaler Ebene zu ergreifen und Führungsqualitäten und Vision zeigen sowie die Unterstützung aller Bereiche der Gemeinschaft gewinnen müssen, um die Fragen bezüglich der Roma anzugehen und die soziale Ausgrenzung der Roma zu beenden.“

6. Die aktuelle Flüchtlingssituation hat sich auf den gesamten Kontinent ausgewirkt, der sich noch nicht von der Krise erholt hat. Die Integrationspolitik für Roma und Fahrende, die bereits durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt wurde, läuft nun noch stärker Gefahr, herabgestuft zu werden und den Prioritätsstatus zu verlieren, den diese Integrationspolitik für die größte Minderheit Europas auf europäischer und nationaler Ebene inne hatte. Es besteht die Gefahr, dass die politische Verpflichtung zur Integration von Roma und Fahrenden nun als zweitrangig betrachtet wird, und Roma und Fahrende im aktuellen Kontext eines wachsenden Rassismus und einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit, die durch die unangemessene Reaktion auf die Flüchtlingssituation verschärft wurden, beiseitegeschoben werden. Die Gefahr, Roma und Fahrenden den Prioritätsstatus zu entziehen, besteht trotz der internationalen Verpflichtung zu ihrer Integration.

7. Man sollte jedoch die Ankunft von 1 Mio. Flüchtlingen nicht ausschließlich als Bedrohung wahrnehmen. Viele Studien legen nahe, dass ein Großteil der Neuankömmlinge jung, gut ausgebildet und bereit ist, sich mit eigenen Händen ein neues Leben aufzubauen. Die europäischen Staaten sollten sich bewusst sein, dass die Flüchtlingskrise wirtschaftliche Vorteile für alle Seiten mit sich bringen kann. Diese Feststellung gilt in Teilen auch für Roma und Fahrende. Wie bei der Mehrheit der Flüchtlinge ist das Durchschnittsalter der Roma- und Fahrendenbevölkerung geringer als das der Mehrheitsgesellschaft. In Anbetracht der Tatsache, dass in einigen Mitgliedstaaten die Roma nahezu 10% der Bevölkerung ausmachen, von denen ein Großteil sehr jung ist, verfügt Europa hier über ein erhebliches wirtschaftliches Potenzial, das noch mobilisiert werden muss.

8. In der Straßburger Erklärung von 2010 hat der Europarat sein lange bestehendes Engagement bekräftigt und die Mitgliedstaaten gedrängt, ihre Bemühungen zu verstärken, damit diese Integration in Europa Wirklichkeit wird. Im März 2016 hat das Ministerkomitee den Aktionsplan zur Integration von Roma und Fahrenden (2016-2019) angenommen,⁶ der die Bekämpfung von Antiziganismus, die Unterstützung schutzbedürftiger Gruppen und Lösungen auf kommunaler Ebene als Prioritäten auflistet.

9. Die Gemeinden und Regionen tragen die Verantwortung, eine Politik umzusetzen, die den Zugang der Roma und Fahrenden zu sozialen Rechten in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit sowie deren Ermächtigung und politische Partizipation durch zahlreiche Aktivitäten, die man auf kommunaler und regionaler Ebene durchführen kann, sicherstellen.

10. Angesichts des Vorstehenden fordert der Kongress der Gemeinden und Regionen die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften auf:

a. die von der Kongress-Entschließung 333 (2011) vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen;

b. die sozialen, wirtschaftlichen und Sicherheitsbedürfnisse der Bürger, die Roma und Fahrende sind, durch konkrete Maßnahmen anzugehen, die das Folgende einschließen:

i. in Bezug auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte die Umsetzung von Maßnahmen, die den Zugang der Roma und Fahrenden zu sozialen Rechten in den Bereichen sicherstellen, die in die Zuständigkeit der kommunalen Stellen fallen, u.a. Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit; und die kommunalen Stellen auffordern, die verfügbaren sozialen Finanzierungsinstrumente einzusetzen, um spezielle pädagogische und berufsbildende Trainingsangebote für jugendliche Roma und Fahrende anzubieten;

5 <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?p=&id=1855297&direct=true>

6 https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectID=09000016805c5a1d

ii. im Hinblick auf die Sicherheit und das Wohlergehen von Bürgern, die Roma und Fahrende sind:

- Manifestierung von Antiziganismus, die in Form von Hassrede, Diskriminierung, Bedrohung, Einschüchterung und rassistisch motivierter Gewalt auftreten kann, sei es durch Einzelpersonen, organisierte Gruppen oder durch gewählte Amtsträger, öffentlich zu verurteilen und Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu identifizieren und umzusetzen;
- konkrete Maßnahmen zu entwerfen, die die Sicherheit und das Wohlergehen der Frauen, Kinder und Jugendlichen unter den Roma und Fahrenden als besonders schutzbedürftige Gruppen gewährleisten;

iii. im Hinblick auf die Bekämpfung von Antiziganismus und der Durchsetzung von Gerechtigkeit:

- Maßnahmen zur Bekämpfung von Ignoranz, Mythen und Stereotypen in Bezug auf Roma und Fahrende unter der restlichen Bevölkerung zu ergreifen;
- alle diskriminierenden Praktiken zu eliminieren, die man als Manifestationen eines institutionellen Antiziganismus betrachten kann; u.a. separate Schulen, Zwangsräumungen und Vertreibung;
- besondere Institutionen einzurichten, z. B. örtliche gesetzliche Kliniken, um wirksam und zu geringen Kosten oder kostenlos Opfer von Antiziganismus bei ihrem Streben nach Gerechtigkeit beizustehen;
- ein Training für kommunal Bedienstete anzubieten, u.a. Verwaltungsmitarbeiter, Sozialarbeiter, städtische Polizeikräfte oder andere Sicherheitskräfte, die sich wahrscheinlich mit Fällen von Antiziganismus befassen müssen, damit diese Fälle anerkannt und gemeldet werden und den Opfern wirksam und sensibel geholfen wird;
- örtliche Bildungs- und interkulturelle Initiativen zu entwickeln, die jugendliche Roma und Fahrende mit anderen Jugendlichen zusammenbringen, um so einen kulturellen Austausch herbeizuführen, das Wissen und das Bewusstsein über die Kultur, die Sprache und die Geschichte der Roma und Fahrenden zu verbreiten;

c. Schritte zu ergreifen, um die vorherrschende politische und soziale Krisensituation, die durch gewaltbereiten Extremismus und den Zustrom von Flüchtlingen verschärft wird, in eine Chance für die Gemeinden umzuwandeln, ihre Integrationsstrategien und -politik zu überarbeiten, um den Aspekt der Integration von Roma und Fahrenden systematisch zu behandeln;

d. Informationen über Beispiele für die Integration von Roma und Fahrenden auf dem Kontinent auszutauschen und umzusetzen oder anzupassen, unter besonderer Betonung der Partizipation; gemeinsam mit den Führern der Roma-Gemeinschaft in einer Partnerschaft mit den kommunalen und regionalen Stellen zu arbeiten und Strukturen einzurichten, um sicherzustellen, dass Roma und Fahrende angehört werden (einschließlich der Stimmen der Frauen und Jugendlichen), entweder in Form konkreter Konsultationsgremien oder durch Einbeziehen der Roma und Fahrenden in die Vertretungsgremien für Minderheiten und in die Gemeindegruppen allgemein;

e. im gleichen Sinne die Entwicklung oder Stärkung der örtlichen Verbände der Roma und Fahrenden zu fördern und zu unterstützen, die diese Stimme in geeigneten Foren mobilisieren und artikulieren sowie als Partner kommunaler Stellen agieren können;

f. sich um eine Kooperation mit den kommunalen und regionalen Stellen in anderen Mitgliedstaaten bemühen, um das gegenseitige Lernen über Netzwerke, wie z. B. die Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Integration von Roma und Fahrenden, die auf Initiative des Kongresses gegründet wurde, zu fördern.